

Agrarpolitik – Leistung soll sich lohnen!

In der nächsten Zeit (Stand Herbst 2018) werden auf die Schweiz einige agrarpolitische Vorlagen zukommen. Die BDP möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um der Schweiz zu zeigen, dass sie auch in diesem Themenfeld über eine vernünftige und zukunftsorientierte Position verfügt, welche nicht die Bauern gegen die exportorientierte Wirtschaft ausspielt!

In einem ersten Schritt äussert sich die BDP in diesem Papier zu aktuellen agrarpolitischen Vorlagen, in einem zweiten Teil wird sie zur Zukunft der Landwirtschaft in der Schweiz Stellung nehmen.

Die Haltung der BDP zu aktuellen Vorlagen

«Trinkwasser-Initiative»: Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» fordert, dass nur noch diejenigen Landwirte mit Direktzahlungen unterstützt werden, welche keine Pestizide oder prophylaktisch Antibiotika einsetzen und welche nur so viele Tiere halten, wie sie ohne Futtermittelimporte ernähren können. Die BDP vertritt folgende Haltung: Mit der Annahme der Initiative würde die Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz stark eingeschränkt. Betroffen von dieser Initiative wäre auch die biologische Produktion von Lebensmittel, da im Biolandbau gemäss Liste der Hilfsmittel, auch nicht synthetisch hergestellte Pestizide erlaubt sind. Dadurch würde die Abhängigkeit von Importen zunehmen. Deshalb lehnt die BDP die Initiative ab. Es muss zudem festgehalten werden, dass die prophylaktische Verabreichung von Antibiotika in der Schweiz bereits verboten ist. Auch wird in der Schweiz der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht subventioniert. Die BDP ist der Meinung, dass alle beteiligten Gruppen – nicht nur die Bauern! – ihren Beitrag zu sauberen Gewässern zu leisten haben. Die Bauern engagieren sich heute bereits für saubere Gewässer und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel. Zudem müsste die Schweiz mit der Annahme der Initiative massiv mehr Nahrungsmittel importieren, für welche jedoch die formulierten Auflagen nicht gelten würden.

«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»: Die Initiative will den Einsatz synthetischer Pestizide in der Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbieten. Auch sollen nur Lebensmittel, die ohne synthetische Pestizide produziert wurden, in die Schweiz eingeführt werden dürfen. Auch hier hält die BDP fest, dass das Vorhaben löblich ist, doch wiederum, wie auch bei der Trinkwasser-Initiative, muss festgehalten werden, dass der Initiativtext Forderungen entgegen jeglicher Verhältnismässigkeit stellt und deshalb

abzulehnen ist. Denn die drastischen Folgen bei einer Annahme der Initiative dürften wie folgt aussehen: Nicht nur würde der Handlungsspielraum der Landwirtschaft massiv eingeschränkt, sondern auch die Qualität der Lebensmittel, gerade hinsichtlich Hygieneanforderungen, würde leiden. Darüber hinaus müsste die Schweiz mit einer deutlichen Verringerung der inländischen Produktion rechnen. Das Angebot würde abnehmen sowie auch die Vielfalt desselben. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass beim Thema «synthetische Pestizide» nicht nur Bauern in den Fokus genommen werden sollten, sondern auch Hobbygärtner, welche ihren Garten oft geradezu mit Pestiziden überschwemmen.

«Mercosur»: Bundesrat Schneider-Ammann strebt ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur- Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) an. Die Schweizer Wirtschaft stellt sich hinter ein solches Abkommen: Sie erhofft sich ein grosses Potenzial für Exporte sowie keinen Wettbewerbsnachteil für Schweizer Firmen (denn auch die EU strebt ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur- Staaten an). Der Schweizerische Bauernverband wehrt sich gegen ein solches Abkommen. Er fürchtet einen Abbau des Grenzschatzes und damit die günstigen Produkte aus Südamerika. Er kritisiert, dass der Bundesrat in seiner Gesamtschau von Ende 2017 keine Lösungen dafür präsentiert, wie eine Grenzöffnung die befürchteten grossen Verluste der Bauern kompensieren könne.

Die BDP befürwortet ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, da sie eine starke Schweizer Exportwirtschaft unterstützt. Aber sie unterstützt jedoch auch eine produzierende Schweizerische Landwirtschaft. Sie erkennt die schwierige Lage, in welche die Bauern mit einem solchen Abkommen auf dem Agrarmarkt geraten könnten. Daher plädiert sie für ein Abkommen, jedoch unter Einbezug der Interessen der Bauern. Daher müssen zu diesem Abkommen flankierende Massnahmen ergriffen werden, welche die standortgebundenen Produktionsnachteile der schweizerischen Landwirtschaft abfedern.

«Freihandelsabkommen mit südostasiatischen Ländern»: Kurz vor dem Abschluss steht ebenfalls ein Freihandelsabkommen mit Indonesien und anderen südostasiatischen Ländern. Die Reaktionen darauf sind dieselben wie bei «Mercosur». Die Wirtschaft spricht sich für ein Abkommen aus, der Bauernverband dagegen. Mit einem Unterschied: Zusammen mit dem Bauernverband wehren sich Schweizer Umwelt-, Menschenrechts- und Konsumentenorganisationen gegen den Einbezug von Palmöl in das Abkommen. Der Palmölanbau in Indonesien und Malaysia führe zu massiven Umweltschäden sowie zu Menschenrechts-, Land- und Arbeitskonflikten. Zudem warnt der Bauernverband auch hier vor den negativen finanziellen Auswirkungen auf die Bauern, wenn günstiges Palmöl importiert werde und damit das Schweizer Raps- und Sonnenblumenöl verdränge.

Die BDP befürwortet wie bei «Mercosur» einen Kompromiss zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Befürchtungen der Bauern. Die betroffenen Parteien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Allerdings spricht sich die BDP klar gegen den Einbezug von Palmöl in das Abkommen aus und nimmt damit die Bedenken der Zivilgesellschaft ernst.

Bezüglich der Volksinitiativen erkennt die BDP die löblichen Absichten der Initianten, jedoch muss sie darauf hinweisen, dass die Forderungen zu extrem sind und damit für die Schweiz keinen Mehrwert bedeuten. Deshalb sind sie alle abzulehnen.

Die Agrarpolitik der Zukunft

Die BDP positioniert sich seit ihrer Gründung als eine Partei der Vernunft und des Kompromisses. Sie lehnt deshalb generell politische Ideen ab, die zu extrem oder nur dem Populismus zuträglich sind. Stattdessen sucht sie aktiv nach mehrheitsfähigen Lösungen, die der Schweiz, ihrer Bevölkerung und auch ihrer Wirtschaft einen effektiven Nutzen beschieren.

Deshalb präsentiert sie nachfolgend ihre Forderungen an die schweizerische Agrarpolitik, damit diese in Zukunft der Landwirtschaft einen guten Rahmen bieten kann, in welchem die Bauern ihren Beruf wieder gerne, gut und vor allem rentabel ausüben können. Die Forderungen werden bewusst als Leitlinien formuliert, damit schaffen sie einerseits einen Rahmen für die zukünftige Gestaltung der Agrarpolitik, andererseits lassen sie so aber auch genug Raum für innovative und kreative Ideen, ohne gedankliche Barrieren zu erzeugen.

Auf die schweizerische Landwirtschaft werden in den nächsten Jahren grosse Herausforderungen zukommen, die zunehmende (Billig-) Konkurrenz aus dem Ausland macht den Bauern immer mehr zu schaffen, und auch im Inland führen zahlreiche strukturelle Probleme zu einer Situation, in der immer mehr Bauern um ihr Überleben kämpfen müssen. Zudem ist das heutige Modell der Direktzahlungen in seiner formellen Ausgestaltung schwierig, viele Bauern fühlen sich mit den bürokratischen Hürden überfordert.

Die BDP ist sich der schwierigen Lage der Schweizer Bauern bewusst, nichtsdestotrotz kommt sie zum Schluss, dass die Lösung der Problematik nicht eine (erneute) Neugestaltung der Agrarpolitik sein kann. Stattdessen spricht sie sich – in Form einer generellen Zielsetzung für die Schweizer Agrarpolitik - für eine Optimierung des bisher eingeschlagenen Weges aus.

Mit den folgenden Leitlinien formuliert die BDP ihre Forderungen an die Schweizer Agrarpolitik der Zukunft:

1) Die BDP fordert, dass die Bauern in ihrer Kernkompetenz, der Produktion von gesunden Lebensmitteln, unterstützt werden.

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich 2017 für die Gewährleistung der Ernährungssicherheit in der Schweiz ausgesprochen. Die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion wird damit klarer in der Verfassung verankert: Nebst der Sicherung der Produktionsgrundlagen wird die standortangepasste und ressourceneffiziente Produktion von Lebensmitteln festgeschrieben. Damit die Schweizer Bauern diesem Verfassungsauftrag adäquat nachkommen können, benötigen sie die Unterstützung durch die Politik. Die Bauern müssen sich heute mit einer Vielzahl von Herausforderungen auseinandersetzen, die sie in ihrer Kernkompetenz, der Produktion von Lebensmitteln, einschränken. Erste Massnahmen zur Reduktion dieser Herausforderungen werden wie folgt vorgeschlagen:

- Eine Vereinfachung und Reduktion des administrativen Aufwands für die Bauern.
- Ein stabiler politischer Rahmen statt grundlegender Reformen alle paar Jahre.
- Die Position der Produzenten in der Wertschöpfungskette muss gestärkt werden.

2) Die BDP fordert, dass sich Leistung wieder lohnen soll.

Ein Grundgedanke unserer modernen, aufgeklärten Gesellschaft, insbesondere der Marktwirtschaft, ist das Prinzip der Leistung: Wer leistet, soll belohnt werden. Dieses Prinzip trifft allerdings nicht auf die heutige Ausgestaltung der Schweizer Landwirtschaft zu:

- Jeden Tag müssen in der Schweiz drei Bauernbetriebe (Stand 2017) schliessen. Insbesondere kleinere und konventionelle Betriebe sind davon betroffen.
- Viele Bauern gehen einem Nebenerwerb nach, weil sie von der Landwirtschaft alleine nicht leben können.
- Schweizer Bauern erhalten immer weniger Geld für manche Produkte, beispielsweise für die Milch: Die Milchproduktion ist sehr aufwändig, doch der Preis, den die Bauern dafür erhalten, deckt kaum die Kosten.

Schweizer Bauern leisten mit ihrer Arbeit einen essentiellen – nun sogar als Verfassungsauftrag formulierten – Beitrag zu unserer Versorgung. Diese Leistung wird nicht angemessen abgegolten, was sich ändern muss. Beispielsweise durch Massnahmen in folgenden Bereichen:

- Die Förderung des Bauern als Unternehmer
- Die Restrukturierung der Wertschöpfungskette
- Die Förderung von Schweizer Produkten und Produzenten:
Absatzförderung von regionalen, gesunden und hochwertigen
landwirtschaftlichen Erzeugnissen

3) Die BDP fordert, dass die Produktionsnachteile, verursacht durch ein teures Umfeld, schwierige topografische Verhältnisse und eine hohe Reglungsdichte, ausgeglichen werden.

Schweizer Produkte sind teurer als ausländische. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf die Produktionsnachteile, denen Schweizer Bauern ausgesetzt sind. Durch den zunehmenden Freihandel mit dem zu erwartenden Abbau des Grenzschatzes müssen Schweizer Produkte – trotz ihrer Startnachteile – vermehrt in Konkurrenz mit ausländischen Erzeugnissen treten. Diese Startnachteile müssen in angemessener Weise ausgeglichen werden, damit der Wettbewerb fair vonstattengehen kann.

Die BDP verschliesst sich demnach nicht dem Gedanken des Wettbewerbs – solange die Startbedingungen die Teilnehmenden nicht schon vor Beginn aus dem Rennen nehmen.

4) Die BDP fordert, dass die gemeinwirtschaftlichen Leistungen angemessen abgegolten werden.

Die Kernkompetenz von Bauern ist die Produktion von Nahrungsmitteln. Nichtsdestotrotz leisten sie einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag mittels gemeinwirtschaftlicher Leistungen. Diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden heute mit den allgemeinen und den ökologischen Direktzahlungen abgegolten.

Insbesondere Bauernbetriebe in Bergregionen leisten mit ihren Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag beispielsweise zum Erhalt der Landschaftsqualität. Diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen, je höher die Ansprüche beispielsweise an den Umwelt- oder Tierschutz sind.

5) Die BDP fordert, dass der Bund Innovation, Marketing und die Erschliessung von Absatzkanälen in der Landwirtschaft verstärkt fördert.

Der Bund fordert von den Bauern, dass sie sich verstärkt dem Markt – und damit dem Wettbewerb (im In- und Ausland) – aussetzen sollen. Dazu strebt er aus gesamtwirtschaftlichen Interessen einen Abbau des Grenzschatzes im Zuge von Verhandlungen zu Freihandelsabkommen an. Wie bereits dargelegt, widersetzt sich die BDP diesen grundsätzlichen Stossrichtungen nicht per se. Allerdings müssen (wie oben dargelegt) diverse Massnahmen getroffen werden, damit die Schweizer Landwirtschaft eine – lebenswerte – Zukunft hat.

Ein wichtiger Ansatz ist die Förderung von unternehmerischen «Werkzeugen»: Angehende Bauern müssen in der Grundausbildung vermehrt in Innovation, Marketing und der Erschliessung von Absatzkanälen ausgebildet werden. Auch nach der Ausbildung muss die Unterstützung des Staates in diesen Bereichen stark zunehmen.

6) Die BDP fordert, dass die soziale Absicherung der Bäuerinnen und Bauern verbessert wird.

In der Agrarpolitik wird viel über Themen wie «Markt», «Wettbewerb», «Ressourceneffizienz» etc. gesprochen; was bisher allerdings kaum thematisiert worden ist - und für die BDP einen hohen Stellenwert hat – ist der soziale Aspekt in der Landwirtschaft. Insbesondere im Bereich der ökonomischen, rechtlichen und sozialen Absicherung von mitarbeitenden Ehegatten (vor allem Bäuerinnen) besteht Handlungsdruck.

Denn nach wie vor herrscht in der Landwirtschaft ein klassisches Familienbild vor, welches beispielsweise die Mitbeteiligung des Ehegatten am Grundeigentum praktisch verunmöglicht, oder im Scheidungsfall zu einer stossenden Benachteiligung des nicht am Eigentum beteiligten Ehegatten führt.

Aus diesen Gründen werden folgende Massnahmen vorgeschlagen:

- Eine generelle Enttabuisierung des Themenbereichs der sozialen Absicherung für mitarbeitende Ehegatten.
- Mitarbeitende Ehegatten müssen rechtlich bessergestellt werden (insbesondere im Scheidungsfall bedarf es Nachbesserungen).

Beispielsweise

- o müssen (Ex)-Ehegatten ein Vorkaufsrecht am Betrieb erhalten (noch vor den Geschwistern).
- o muss die Berechnung des Gewinnanspruches präzisiert werden.

-

- Der Sozialversicherungsschutz für mitarbeitende Ehegatten muss verbessert werden.
- Nötig sind auch Massnahmen zur Diversifizierung des «sozialen» Betriebs.

7) Die BDP fordert Respekt! Respekt vor der Umwelt, dem Klima und den Tieren

Die Volksabstimmungen in den letzten Jahren haben es gezeigt, Themen wie der Klimawandel, der Umweltschutz oder aber auch der Tierschutz haben an Relevanz – auch in der Bevölkerung – gewonnen. Die Schweiz muss sich nun, insbesondere im Bereich des Klimawandels, ihrer Verantwortung stellen. Die BDP steht zu dieser Verantwortung und ist sich demnach bewusst, dass auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten muss. Folgende Massnahmen werden von der BDP vorgeschlagen:

- Unsere Umwelt muss geschützt werden, in Zusammenarbeit aber mit den Landwirten, und nicht auf deren Kosten.
- Es braucht eine konsequente Energiewende in der Schweiz – unter Einbezug der Schweizer Landwirtschaft.
- Ressourceneffiziente, standortgerechte und fair produzierte Lebensmittel müssen gefördert werden. Das Tierwohl spielt dabei eine wichtige Rolle.